

KGNW-Statement

DKI-Krankenhausbarometer: „Wir fahren die Daseinsvorsorge auf Verschleiß“

KGNW-Präsident Ingo Morell blickt auf die Defizitkrise und den Gewaltschutz

Düsseldorf, 29.12.2025 – An diesem Montag ist das neue DKI-Krankenhausbarometer 2025 veröffentlicht worden (<https://www.dkgev.de/dkg/presse/details/viele-krankenhaeuser-kaempfen-ums-ueberleben/>). Darin wird klar, dass die Krankenhäuser weiter ins Defizit rutschen: Zwei Drittel aller Kliniken haben 2024 im Minus abschließen müssen, im zu Ende gehenden Jahr wird sich dieser Anteil nochmal erhöhen – und der Ausblick der Geschäftsleitungen auf 2026 lässt kaum noch Raum für Optimismus. Überdies sind die rund 320 NRW-Krankenhäuser und ihre rund 300.000 Beschäftigten zunehmend mit gewaltsamen Übergriffen konfrontiert. Zu beiden Aspekten finden Sie hier eine Stellungnahme von Ingo Morell, Präsident der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen (KGNW):

„Bundesregierung muss auf Wirtschaftskrise der Kliniken reagieren“

Zum aktuellen DKI-Krankenhausbarometer 2025 sagt Ingo Morell, Präsident der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen (KGNW):

„Wenn das Ifo-Institut mit dem Geschäftsklima-Index oder das Institut der Deutschen Wirtschaft mit dem Konjunkturbarometer eine derart dramatische Wirtschaftslage beschreiben würden, wie wir es seit einigen Jahren bei den Krankenhäusern erleben, wäre ein politisches Beben die unmittelbare Folge. Es ist nicht nachzuvollziehen, warum ausgerechnet bei einer Säule der Daseinsvorsorge eher Gleichgültigkeit herrscht. Das neue DKI-Krankenhausbarometer zeichnet ein sehr düsteres Bild: Nur noch jede siebte Klinik kann zum Ende dieses Jahres ein positives Ergebnis erwarten. Lediglich 14 Prozent der Krankenhäuser können so optimistisch sein, 2024 waren dies noch 23 Prozent. Weitere 16 Prozent erwarten 2025 immerhin noch ein ausgeglichenes Ergebnis: Für 70 Prozent der Kliniken endet 2025 im Defizit. Gegenüber den Abschlüssen für 2024 zeigt das DKI-Krankenhausbarometer eine neuerliche Verschlechterung.

Vor dieser Entwicklung warnen die Krankenhäuser schon seit Jahren. Die nicht ausgeglichenen Inflationskosten reißen bei allen Trägern inzwischen große Finanzlücken. Die Reserven sind aufgebraucht, und diese riskante Entwicklung kennt kein Happy End. Mit anderen Worten: Wir fahren unsere Daseinsvorsorge auf Verschleiß – und dies in einer Zeit, in der Experten der Bundeswehr vor einem unkontrollierten Abbau der Klinik-Kapazitäten warnen.

Es wird höchste Zeit, dass diese Bundesregierung ihre Verantwortung annimmt und für eine kostendeckende Finanzierung der Krankenhäuser sorgt. Zugleich muss sie Krankenhausreform und Krisenvorbereitung in Einklang bringen. Dabei hapert es nicht an der Reformbereitschaft der Krankenhäuser: In Nordrhein-Westfalen schaffen wir mit der neuen Krankenhausplanung Spezialisierung und Konzentration. Aber auch

dieser Prozess steht und fällt mit einer bedarfsgerechten Vergütung der Betriebskosten. Die vom Bund bisher geplante Vorhaltekostenfinanzierung kann diesen Anspruch nicht erfüllen, weil sie weiterhin die Fallzahlen zum Maßstab nimmt.

Natürlich ist auch den Krankenhäusern die schwierige Lage der Gesetzlichen Krankenversicherung bewusst. Die wichtigste Maßnahme ist hier, die Kassen nicht länger mit Ausgaben zu belasten, die aus Steuermitteln finanziert werden müssen. Auch müssen politisch gewollte und kostenträchtige Maßnahmen wie feste Personalvorgaben auf ihre Wirkung hin überprüft werden.“

„Gewalt darf nicht diejenigen treffen, die anderen Menschen helfen“

Das DKI-Krankenhausbarometer wirft auch ein Schlaglicht auf die wachsenden Probleme gewaltsamer Übergriffe auf Klinikbeschäftigte. Dazu erklärt KGNW-Präsident Ingo Morell:

„Fast jede zweite Klinik-Geschäftsführung hat 2024 Strafanzeige gestellt, weil Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Opfer von gewalttätigen Übergriffen wurden. Gewalt hat im Krankenhaus keinen Platz und wird nicht toleriert. Körperliche Angriffe auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kliniken sind durch nichts zu rechtfertigen, sie müssen unmittelbare strafrechtliche Folgen für die Täterinnen und Täter haben. Pflegefachkräfte, Ärztinnen und Ärzte haben sich als Beruf und als Berufung gewählt, dass sie Menschen in Not und Krankheit helfen wollen. Dass ausgerechnet sie immer wieder von körperlicher Gewalt und ebenso von psychischer Gewalt – sei es mit Worten oder Gesten – betroffen sind, ist nicht hinnehmbar. Dies gilt auch für Rettungskräfte.

Immer mehr Krankenhäuser investieren darum zusätzliches Geld in Präventionsprogramme, technische Schutzmaßnahmen und sogar Sicherheitsdienste, obwohl diese Investitionen nicht ausreichend refinanziert sind. Es sind neue Herausforderungen durch eine gesellschaftliche Realität, mit der die Politik die Krankenhäuser nicht alleine lassen darf: Die Mindeststrafe für solche Übergriffe muss zur Abschreckung erhöht werden. Und die Krankenhäuser müssen gesonderte Fördermittel für die Gewaltprävention erhalten: Der Schutz der Beschäftigten darf nicht von der wirtschaftlichen Lage der Kliniken abhängen.“

* Die Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen ist der Zusammenschluss der Krankenhausträger und ihrer Spitzenverbände. Sie vertritt rund 320 somatische und psychiatrische Krankenhäuser, die mit etwa 301.000 Beschäftigten rund 4,2 Millionen Patientinnen und Patienten im Jahr stationär versorgen und zu den größten Arbeitgebern in NRW zählen.

Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen: Referat Politik, PR und Presse, Humboldtstr. 31; 40237 Düsseldorf, Hilmar Riemenschneider (Referatsleiter), Tel.: 0211/47819-70, E-Mail: hriemenschneider@kgnw.de, Gernot Speck (Referent), Tel.: 0211/47819-72, E-Mail: gspeck@kgnw.de, Michael Wacker (Referent), Tel.: 0211/47819-73, E-Mail: mwacker@kgnw.de, Anke Fröhlen (Sekretariat), Tel.: 0211/47819-71, E-Mail: afroehlen@kgnw.de; Internet : www.kgnw.de, E-Mail: presse@kgnw.de, Fax: 0211/47819-99, Facebook: [@Krankenhausgesellschaft.NRW](https://www.facebook.com/Krankenhausgesellschaft.NRW), Instagram: [krankenhausgesellschaft.nrw](https://www.instagram.com/krankenhausgesellschaft.nrw), LinkedIn: Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen e.V.